



Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK Juli 2020

Editorial von Peter Obermark, Vorstandsmitglied des DFWK



Liebe Mitglieder und Freunde des Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises,

Noch immer befinden wir uns in der durch das Coronavirus ausgelösten Pandemie mit höchst unterschiedlichen Auswirkungen in der Welt und in Europa. Während sich besonders in Amerika und Afrika die gesundheitliche Situation weiter verschlimmert, scheint Europa die Lage durch zwar unterschiedliche, aber offensichtlich zielführende Maßnahmen in den Griff zu bekommen. In diesem etwas ruhigeren Fahrwasser erkennen wir zunehmend die Schäden, die die Pandemie den europäischen Volkswirtschaften bis hierhin zugefügt hat.

Kein Drehbuchautor der Welt hätte es besser schreiben können – genau in diese Phase fällt die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands. Es ist das nächste halbe Jahr, in dem die Grundlagen für einen erfolgreichen Weg der europäischen Wirtschaft gelegt werden müssen. Ganz Europa schaut nach Berlin und auf Bundeskanzlerin Angela Merkel, die mit einem starken Partner Frankreich an ihrer Seite und einer Vertrauten im Amt der Kommissionspräsidentin die Dinge richten soll – sogar richten muss.

Ein kurzer Blick auf die Megathemen der vor uns liegenden Monate zeigt, welche Mammutaufgaben vor ihr liegen. Gleich zwei riesige „Haushalte“ mit einem Gesamtvolumen von 1,75 Billionen Euro sind durch die Tür zu bringen – zum einen der siebenjährigen EU-Finanzrahmen, zum anderen der Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der Corona-Krise. Über beide wird noch heftig gestritten.

Nicht weniger anspruchsvoll werden die Verhandlungen über die Reform des EU-Asylrechts bis hin zu einem Migrationskonzept für Europa, ganz zu schweigen die andauernden Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Großbritannien nach dem Brexit. Auch das Handelsabkommen mit den AKP-Staaten wird gerade neu verhandelt. Darüber hinaus erwartet Europa von der Deutschen Präsidentschaft Impulse zum Klimaschutz, zur digitalen Souveränität und zum Verhältnis Europas zu den USA und China.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, das alles wird nur möglich sein, wenn Berlin, Paris und Brüssel abgestimmt Seite an Seite voranschreiten.

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude bei der Lektüre unseres Newsletters, einen schönen Sommer und bleiben Sie uns gewogen – vor allem aber bleiben Sie gesund!

Ihr Peter Obermark

Inhaltsverzeichnis

S. 2-3: B. de Peretti: Die deutsche Ratspräsidentschaft: Merkels politisches Erbe

S. 4-5: D. Schneemann Auch Occitanie 2020 und Ostdeutsches Wirtschaftsforum im Zeichen von Corona

S. 5: Der Sozialstaat in Deutschland wächst

S. 6-7 L. König: Freiberufler und Selbstständige trotz der Krise mit Optimismus und Zufriedenheit:

S. 8-9: Kurzmeldungen Die Regierung Jean Castex --- Am 14. Juli wird die europäische Solidarität gefeiert



Die Deutsche Ratspräsidentschaft: Merkels politisches Erbe

Es ist eine Ratspräsidentschaft wie keine andere. Die Erwartungen sind hoch. Nicht nur, weil mit Deutschland die stärkste Volkswirtschaft der Europäischen Union ab dem 1. Juli für die Verhandlungen der Ministertreffen auf europäischer Ebene zuständig ist. Sondern auch, weil mit Angela Merkel die erfahrenste Regierungschefin eines EU-Mitgliedsstaats die Zügel in die Hand nimmt. Für sie geht es um nicht weniger als um ihr politisches Vermächtnis. Für Europa geht es um seine Zukunft.



Bénédicte de Peretti, Vizepräsidentin des DFWK und Partnerin bei B2P Communications Consulting

Große Erwartungen, wenig konkrete Macht

Die Liste der anstehenden Themen klingt kaum zu bewältigen: Ein Wiederaufbaufonds für die Europäische Wirtschaft nach der Corona-Krise in Höhe von mindestens 500 Milliarden Euro soll verabschiedet werden. Gleichzeitig muss eine Einigung über den siebenjährigen EU-Finanzrahmen (MFF) mit einem Volumen von circa einer Billion Euro erzielt werden. Außerdem tritt Großbritannien zum 31. Dezember 2020 definitiv aus der EU aus, ein Freihandelsabkommen muss her. Und als wäre das noch nicht schwierig genug zu erreichen, gibt es auch noch die europäischen Anstrengungen für mehr Klimaschutz, den Green Deal, der neben diesen verschiedenen Verhandlungs- und Kostenpunkten keinesfalls zurückstehen soll. Dasselbe gilt für die gemeinsame Migrationspolitik und die digitale Souveränität der EU.

Angesichts einer solchen Aufgabenlast stimmt es viele Beobachter hoffnungsvoll, dass die Geschichte der EU in den nächsten sechs Monaten von Angela Merkel, der erfahrensten Regierungschefin des Kontinents, gelenkt werden. Wer, wenn

nicht sie, könnte die EU erfolgreich aus dieser Krise führen? Der sozialdemokratische EU-Abgeordnete Brando Benifei aus Italien sagt im Deutschlandfunk: „*Es ist eine Chance für die Europäische Union in so schwieriger Zeit, in der wir eine starke politische Führung brauchen und Entscheidungsfähigkeit, besonders was den Wiederaufbauplan angeht. Es ist ein bedeutendes Moment für die EU und daher eine sehr wichtige Präsidentschaft*“.



© Bundesregierung/ Bergmann <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/rede-ep-ratspraesidentschaft-1767338>

Bei solchen Kommentaren könnte man vergessen, dass die Ratspräsidentschaft kein Amt ist, das mit einem tatsächlichen Machtanspruch verbunden ist. Deutschland, das die Treffen der Minister der EU-Länder leitet, kommt lediglich die Rolle eines ehrlichen Maklers zu. Eine Entscheidungsbefugnis ergibt sich daraus nicht.



Doch Merkel verfügt über andere Ressourcen, die sich in reale Macht übersetzen lassen. Da ist zuerst der Respekt, den sie in anderen EU-Ländern genießt. Während sie in Deutschland in den letzten Jahren starker Kritik ausgesetzt war und vor zwei Jahren sogar den CDU-Parteivorsitz aufgeben musste, gilt sie in anderen Ländern als das europapolitische Schwergewicht schlechthin. Ihr Netzwerk, das bei der Findung von Kompromissen eine entscheidende Rolle spielen wird, sucht seinesgleichen.

Frankreich ist der entscheidende Partner

Im deutschen Netzwerk spielt Frankreich eine entscheidende Rolle. Die Situation ist nicht ohne Ironie: Als Emmanuel Macron sich vor zwei Jahren mit einer flammenden Rede an der Sorbonne an Deutschland wandte, um gemeinsam die Reform der EU anzugehen, reagierte Berlin zurückhaltend. Erst in einer Notsituation, konfrontiert mit der Corona-Krise und den hohen Erwartungen an die eigene Ratspräsidentschaft, hat Merkel sich entschlossen, auf Macron zuzugehen.

Merkel war sogar bereit, mit dem deutschen Dogma zu brechen, eine Schuldenunion grundsätzlich auszuschließen, um eine Einigung mit Frankreich zu erzielen. Ergebnis war der gemeinsame Vorschlag eines deutsch-französischen Wiederaufbaufonds, der von der EU-Kommission konkretisiert und nun bereits seit sechs Wochen von den 27 EU-Mitgliedsstaaten diskutiert wird.

Diese plötzliche Wende lässt sich dadurch erklären, dass der europäische Binnenmarkt in einer Zeit, in der die USA und China protektionistische Tendenzen zeigen, für Deutschland immer wichtiger wird. Einen zu großen wirtschaftlichen Abstand zu den EU-Nachbarn kann sich die Exportnation Deutschland schlicht nicht leisten. Zudem zeigt Merkel so, dass sie verstanden hat, wie dringend eine Lösung ist. Und dass sie ohne den deutsch-französischen Motor nicht möglich ist.

Auftakt Europäischer Rat am 17. Juli

Das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 17. Juli wird von EU-Ratspräsident Charles Michel geleitet. Auch wenn die Führung des Treffens in der Hand des Belgiers liegt, wird hier über die Erfolgchancen der Deutschen Ratspräsidentschaft entschieden. Denn das Treffen wird zeigen, wie geschlossen die Mitgliedstaaten in dieser außergewöhnlichen Situation agieren.



© Europäische Union <https://newsroom.consilium.europa.eu/events/20200131-removal-of-uk-flag-in-the-council-building/removal-of-the-uk-flag-removal-of-the-uk-flag-31-01-20-bruxelles-31-01-20/99404>

Gemeinsam agieren, schnell agieren

Angela Merkel drängt zur Eile: „*Unser Ziel ist eine möglichst rasche Einigung*“ – noch in diesem Sommer, betonte die Kanzlerin in ihrer Rede vor dem europäischen Parlament am 8. Juli 2020 bezüglich des MFF und des Wiederaufbaufonds. Denn sie weiß, dass jede Verzögerung auf Kosten von anderen dringenden Projekten geht, die während der deutschen Ratspräsidentschaft anstehen. Nicht zuletzt die Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Großbritannien, in denen ein schneller Erfolg nötig ist, um eine No-Deal-Krise zu vermeiden. Dass aktuell Arbeitsgruppentreffen wegen anti-Corona Maßnahmen nur eingeschränkt stattfinden können, erschwert zwar die Entscheidungsfindung. Doch Merkel hat keine Wahl. Ihr politisches Erbe und die Zukunft der EU stehen auf dem Spiel.



Auch Occitanie 2020 und Ostdeutsches Wirtschaftsforum im Zeichen von Corona

Noch im April/Mai schienen die für September/Oktober dieses Jahres geplanten Veranstaltungen mehr oder weniger durchführbar. Jetzt wissen wir, dass sie nur mit erheblichen Einschränkungen stattfinden können. Hier finden Sie lediglich zwei Beispiele der neuen Formate.



Dirk Schneemann, Vizepräsident des DFWK und Unternehmensberater

Die 3. Deutsch-Okzitanischen Wochen (9. bis 23.10.2020) sollten wieder mit rund 200 Veranstaltungen in der Region Occitanie stattfinden. Auch der DFWK hatte sich aktiv an der Vorbereitung beteiligt, aber die Voraussetzungen haben sich geändert.



Gegenwärtig ist zwar eine Eröffnungsveranstaltung am 08./09.10. in Montpellier geplant, allerdings „im kleinen Kreise“ – quasi symbolisch. Alle anderen Veranstaltungen bzw. Foren finden ausschließlich digital, in den Formaten wie Zoom, an die wir uns in den letzten Monaten mehr oder weniger gewöhnt haben, statt.

Dabei gehen wir davon aus, dass die traditionellen zwei Veranstaltungswochen über mehrere Monate ausgedehnt werden, um allen Themen und Formaten genügend Raum zu geben. Die Themen und Schwerpunkte (Neue Energien, Mo-

bilität, Digitalisierung, Gesundheit/Hygiene, Logistik) bleiben unverändert. Unverändert bleibt auch, dass im 30. Jahr der deutschen Wiedervereinigung die ostdeutschen Bundesländer besondere Aufmerksamkeit erhalten sollen. Für den 07.09. ist ein Zoom-Meeting mit den Hauptorganisatoren vorgesehen. Dabei sollen Formate, Themen, Termine und Referenten präzisiert werden. Über die Ergebnisse werden wir dann umgehend berichten.

Das Ostdeutsche Wirtschaftsforum (OWF) am 20. und 21.09.2020 ist die zweite Großveranstaltung, an der wir uns wie in den vergangenen beiden Jahren als Partner beteiligen. Auch wenn der erste Termin im Juni „*coronabedingt*“ verschoben wurde, gehen die Veranstalter davon aus, das nun geplante Programm weitgehend umsetzen zu können.



Das OWF findet in Bad Saarow bei Berlin statt und wird sich einmal mehr als das „*Davos des Ostens*“ beweisen. Auch und besonders im 30.



Jahr der Deutschen Einheit will man in die Zukunft schauen und über Szenarien diskutieren, wie sich die ostdeutsche Wirtschaft klar und mutig, innovativ und strategisch aufstellen kann, um den künftigen Anforderungen zu begegnen. Es soll länderübergreifend diskutiert werden, welche Chancen sich aus den Herausforderungen der Digitalisierung, sich verändernder Weltmärkte und des Klimawandels ergeben. Es geht darum, ein positives Zeichen zu setzen und um die Attraktivität des Standortes Ostdeutschland. Hier ergibt sich auch die Verbindung zu den 3. Deutsch-Okzitanischen Wochen: Die Region Occitanie war im letzten Jahr Partner des OWF.

Hochkarätige Referenten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft haben ihre Teilnahme bestätigt – so die Bundesminister Altmaier und Scholz sowie Ministerpräsidenten und Minister ostdeutscher Bundesländer. Das Schlusswort wird Friedrich Merz halten.

Neben der Hoffnung, dass das Forum wie geplant durchgeführt werden kann, sind wir auch auf die von dort ausgehenden Impulse und Ergebnisse gespannt. Wir halten Sie dazu auf dem Laufenden. Für Interessenten empfehlen wir zudem diesen Link: www.ostdeutscheswirtschaftsforum.de.

Falls Sie als Mitglied des DFWK am OWF teilnehmen wollen, teilen Sie uns das bitte per Mail an kontakt@dfwk.eu mit.

Ihr

Dirk Schneemann

Eine Billion Euro: Der Sozialstaat in Deutschland wächst – auch wegen der Corona-Krise

Der Anteil der Ausgaben für Sozialleistungen am BIP nähert sich dem Rekordniveau von 2009. In der Finanzkrise lag die Sozialleistungsquote aufgrund von Kurzarbeit und dem Rückgang des BIP bei 30,8%. Bereits im Jahr 2019 stiegen die Gesamtausgaben für Sozialleistungen in Deutschland auf 30,3% des BIP und lagen erstmals bei 1.040 Mrd. Euro. Die Corona-Krise wird Experten zufolge zu neuen Rekordwerten führen. Schätzungen gehen von einer Gesamtsumme von 1.100 Mrd. Euro und einer Sozialleistungsquote von 34% aus.

Diese Ausgaben umfassen Leistungen der Sozialkassen, die Grundsicherung, Kinder- und Elterngeld, die arbeitgeberfinanzierte Lohnfortzahlung, Beamtenpensionen sowie Ausgaben der privaten Kranken- und Pflegeversicherung. Den größten Anteil daran haben die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (330 Mrd. Euro im Jahr 2019) und der gesetzlichen Krankenkassen (250 Mrd. Euro).

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland kann mit den steigenden Sozialausgaben seit Jahren nicht mehr Schritt halten. Während die Wirtschaftsleistung zwischen 2015 und 2019 um 17,4% wuchs, legten die Sozialausgaben im selben Zeitraum um 22,2% zu. Ein Treiber dieses Wachstums ist insbesondere die gesetzliche Pflegeversicherung mit einem Ausgabenplus von 52% auf 42,4 Mrd. Euro seit 2016.

Für den Sozialverband VdK deuten diese trotz der niedrigen Arbeitslosenquote der vergangenen Jahre hohen Zahlen darauf hin, dass viele Jobs zu schlecht bezahlt sind. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sieht die Zahlen dagegen als ein Zeichen, dass bei den Sozialausgaben auch angesichts der aktuellen Krise und des demographischen Wandels gegengesteuert werden muss. (Autor: Laura Andres)



Freiberufler und Selbstständige trotzen der Krise mit Optimismus und Zufriedenheit

Die Corona-Krise hat Deutschland und Europa weiterhin fest im Griff. Regierungen in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern Europas haben umfangreiche Rettungsschirme gespannt, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie so gering wie möglich zu halten. Eine Berufsgruppe gerät hierbei jedoch oft in Vergessenheit: Freiberufler und Selbstständige. Letztere standen im Mittelpunkt eines weiteren Webinars des DFWK Jugend. Bernhard Ney, Managing Director International bei COMATCH, fasste in dem Webinar Trends im Beratermarkt zusammen und erklärte, welche Auswirkungen die Covid-19 Pandemie für Freiberufler und Selbstständige hat.



Bernhard Ney, Managing Director International bei COMATCH hat mit den Vorsitzenden des DFWK Jugend, Laura König und Aaron Eucker (vlnr), diskutiert.

Welche Trends lassen sich derzeit im Beratermarkt beobachten?

Bernhard Ney ist für das internationale Geschäft des Beratermarktplatzes Comatch zuständig. Er beobachtet zwei langfristige Trends, die maßgeblich Einfluss auf die Weiterentwicklung der Beraterbranche nehmen.

„Zum einen suchen Kunden vermehrt nach spezifischer Expertise und tatsächlichem Impact“, erklärt Ney. Leistungen, mit denen Beraterfirmen früher beim Kunden punkten konnten, allem voran Methoden und analytisches Denken, seien längst in die Industrie gewandert. „Neben dem Verfassen von Empfehlungen und konkreten Maßnahmen sind Unternehmensberatungen daher heutzutage auch

gefordert, deren Umsetzung beim Kunden zu begleiten. Gleichzeitig wird erwartet, dass Kunden befähigt werden, diese oder ähnliche Maßnahmen in Zukunft eigenständig und nachhaltig erfolgreich umzusetzen“, so Ney.

„Den zweiten Trend können wir als ‚Future of Work‘ bezeichnen“, ergänzt Ney. Heutzutage sei es keine Seltenheit mehr, nicht nur im Laufe seiner Karriere bei mehreren Arbeitgebern zu arbeiten, sondern auch mehrere Jobs gleichzeitig auszuüben. „Außerdem steigt die Bereitschaft unter Arbeitnehmern, in die Selbstständigkeit zu wechseln. Einige zielen darauf ab, mehr Unabhängigkeit zu erlangen. Andere nutzen die Freiberuflerlichkeit als Chance, um auf projektbasierter Arbeit mit einem Kunden zusammenzuarbeiten und gleichzeitig ein Unternehmen zu gründen.“

Zudem spiele Flexibilität eine immer größere Rolle. Hierzu zählten zum Beispiel Home-Office oder flexible Arbeitsstunden. Laut Ney hat die Corona-Pandemie dazu beigetragen, dass das Home-Office vermehrt genutzt und stärker von Arbeitgebern akzeptiert wird.



Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf Freiberufler und Selbstständige?

Eine Umfrage, die COMATCH unter fast 1.000 Beratern aus 55 Ländern durchführte, kommt zu dem Ergebnis, dass Freiberufler stärker von der Corona-Pandemie betroffen sind als Angestellte. Drei von vier Freiberuflern gab an, dass sie Einkommenseinbußen von bis zu 75% verzeichneten. Fast jeder Dritte (27%) berichtete, dass laufende Projekte verschoben wurden. Jeder achte Befragte (12%) verzeichnete sogar einen Abbruch laufender Projekte.



Von ähnlichen Auswirkungen berichtete auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), der größten und am längsten laufenden multidisziplinären Langzeitstudie in Deutschland. Während nur jede fünfte Person in einem Anstellungsverhältnis eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit hinnehmen musste, war dies bei jedem zweiten Selbstständigen der Fall. Zudem berichteten drei von fünf Selbstständigen von Einkommenseinbußen, während dies nur bei jedem Sechsten (15%) der Angestellten der Fall war.

Angesichts dieser Entwicklung stehen Freiberufler und Selbstständige in vielen Ländern Europas vor wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen. Die Unterstützung der Staaten im Rahmen von Soforthilfen oder Hilfskrediten variiert dabei von Land zu Land stark. „Unsere Umfrage zeigt, dass in Frankreich die Zufriedenheit mit dem Staat geringer als in anderen Ländern ist, vor allem vor dem Hintergrund, wie der Staat Freiberuflichkeit strukturiert. Hier sehen viele Teilnehmer der Umfrage einen Reformbedarf. Wir bei COMATCH versuchen daher,

auf den unterschiedlichen Kanälen Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, dass Freiberufler sehr viel Wert schaffen und es helfen würde, wenn es hier von staatlicher Seite mehr Unterstützung geben würde“, so Ney.

Wie wird sich die Branche in den kommenden Jahren weiterentwickeln?

„Trotz der Auswirkungen durch die Covid-19 Pandemie bereut die große Mehrheit der Berater den Schritt in die Freiberuflichkeit nicht“, unterstreicht Ney. 91% der Befragten der COMATCH Umfrage gaben an, dass sie mindestens so zufrieden oder gar zufriedener sind als zu Zeiten, in denen sie fest angestellt waren. Knapp zwei Drittel der Befragten planen zudem, ihren Status als Freiberufler in den kommenden zwei Jahren nicht zu ändern. „Insgesamt überwiegt der positive Ausblick in die Zukunft. Die Berater sind optimistisch, dass die Nachfrage nach freiberuflicher Beratung insgesamt steigen wird und damit einhergehend auch der Marktanteil von freiberuflichen Unternehmensberatern steigen wird“, so Ney.

Das Gespräch fand als Webinar am 9. Juli 2020 statt.

Autor: Laura König

Kommendes DFWK Event



09.09.2020, 18:00

Online-Debatte „Lehren aus der Corona-Krise und Konsequenzen für das deutsch-französische Verhältnis“

mit Andreas Jung MdB, Christophe Arend (Député de la Moselle), Daniel Hager (CEO Hager Group)



Kurzmeldungen

Die Regierung Jean Castex – jünger, weiblicher, konservati- ver und kampfbereit

Die neue Ära der Amtszeit von Emmanuel Macron wurde am 6. Juli mit der Vorstellung der neuen Regierung eingeläutet. Diese soll die Folgen der Corona-Krise bewältigen und den Präsidenten in eine zweite Amtszeit tragen.



© <https://www.gouvernement.fr/ministre/jean-castex>

Mit einem Durchschnittsalter von 50,4 Jahren, 17 Frauen und 14 Männern ist die neue Exekutive jünger und weiblicher als zuvor. Politisch steht sie zudem etwas weiter rechts. Mit Jean Castex an ihrer Spitze bekam ein Konservativer den Vorzug vor sozialistischen Kandidaten wie der (alten und neuen) Verteidigungsministerin Florence Parly oder Außenminister Jean-Yves Le Drian.

Insgesamt durften neun Minister ihre Ämter behalten, darunter insbesondere Bruno Le Maire im Wirtschaftsressort. Er soll zudem die Federführung bei der Krisenbewältigung übernehmen. Dabei sei die Jugend die „*Priorität der Prioritäten*“, so der Minister.

Um die Wirksamkeit ihrer Politik zu prüfen, legt Premierminister Castex allen Regierungsmitgliedern ans Herz, den direkten Kontakt zu den Franzosen zu suchen. Die Minister sollen vor Ort prä-

sent sein, um mit Lokalpolitikern, Gewerkschaften, Unternehmen, Vereinen und der gesamten Zivilgesellschaft in den Dialog zu treten.

Dieser Austausch soll die Regierung dabei unterstützen, den Kampf um die Arbeitsplätze und den Wiederaufbau der Wirtschaft zu gewinnen, den Jean Castex ausgerufen hat. In seinem Interview am 14. Juli hat Macron zudem ganz klar den Kampf gegen Entlassungen und für gute Beschäftigungsaussichten für Jugendliche als Priorität definiert. Die Zeit dafür ist knapp: der neuen Regierung bleiben nur etwa 600 Tage bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen 2022.

Am 14. Juli wird die europäi- sche Solidarität gefeiert

Frankreichs Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 14. Juli fanden in diesem Jahr in einem kleineren Rahmen statt. Die europäische Solidarität nahm dabei aber einen besonderen Platz ein.



© Frz. Botschaft

Deutschland, Österreich, Luxemburg und die Schweiz waren als Ehrengäste geladen, um den Dank Frankreichs für die Aufnahme französischer Patienten während der Corona-Krise zum Ausdruck zu bringen. So nahmen unter



anderem Gesundheitsminister Jens Spahn und die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Hessen und dem Saarland, Armin Laschet, Volker Bouffier und Tobias Hans an der offiziellen Zeremonie in Paris teil.



© Frz. Botschaft

In Berlin empfing Botschafterin Anne-Marie Descôtes den Staatssekretär für Gesundheit, Dr. Thomas Steffen, sowie Verantwortliche aus Politik und Krankenhäusern der Bundesländer, die auf dem Höhepunkt der Corona-Krise französische Patienten aufgenommen haben.



© Frz. Botschaft

Am Empfang nahm auch der Präsident der Region Grand Est, Jean Rottner, teil. Er besuchte zudem Mitarbeiter der Charité, wo sechs Covid-19-Patienten aus dem Elsass behandelt worden waren, um sich bei Ihnen für ihren Einsatz zu bedanken. (Autor Kurzartikel: Laura Andres)

Unsere Partner und Unterstützer



Roever Broenner Susat Mazars



C/M/S/

Law . Tax



SANOFI



MALMENDIER LEGAL



IMPRESSUM :

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis
Alt-Moabit 2 | 10557 Berlin | Deutschland
Tel.: +49 (0) 30 206 159 00

kontakt@dfwk.eu | www.dfwk.eu

[LinkedIn](#) | [Twitter](#)